A2 Gemeinschaft lässt sich nicht verordnen - Strukturelle Probleme angehen statt über Dienstpflichten diskutieren

Gremium:	Grüne Jugend Bremen
Beschlussdatum:	10.09.2025
Tagesordnungspunkt:	6 Weitere inhaltliche Anträge

Antragstext

Forderungen nach Dienstpflichten geistern von der CDU bis zum Bundespräsidenten seit Monaten durch die Debatten und Rufe nach der Wiedereinführung der Wehrpflicht kommen von ganz Rechts sowieso.

Und jetzt ist es tatsächlich so weit: Ende August hat die Regierung das neue Wehrdienstgesetz auf den Weg gebracht. Ab nächstem Jahr werden Jugendlichen, die 18 werden, Fragebögen zugeschickt. Diese verpflichten Männer ab dem Geburtsjahr 2008, Angaben zu Abschlüssen, Fitness und Bereitschaft zum Militärdienst zu machen, auch alle anderen werden dazu angehalten.

Ab 2027 sollen für Männer dann auch Musterungen erforderlich sein. Der Wehrdienst an sich soll zwar vorerst freiwillig bleiben, aber eine Verpflichtung kann jederzeit per Gesetz vom Bundestag angeordnet werden, wofür bereits ein unklar definierter Personalmangel reicht.

Am Wehrdienst ist nicht nur zu kritisieren, dass er sich mal wieder gegen junge Menschen richtet, er ist auch ein weiterer Schritt hin zu mehr Militarisierung. Wir werden daran gewöhnt, Militär als normalen Teil der Gesellschaft und Politik zu sehen, wodurch zivile Lösungen und Friedenspolitik weiter an Bedeutung verlieren.

Die Bundeswehr ist aber kein normaler Arbeitsplatz, sondern geprägt von autoritären Machtstrukturen, sexualisierter Gewalt, Sexismus und Rechtsextremismus. Gerade die Art, wie Macht in der Bundeswehr organisiert ist, ist zutiefst undemokratisch. Sie ist ein Ort normalisierter Gewalt und toxischer Männlichkeit. Schon bisher kommen die Strukturen der Bundeswehr nicht dagegen an, was ein massiver Zuwachs nur verschlimmern wird.

Dabei hatten wir 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr. Die Schuldenbremse wurde unter anderem für Verteidigungsausgaben ausgesetzt, jetzt bleiben für junge Menschen nicht nur Schulden, sie müssen auch als Soldat*innen herhalten. Die Bundeswehr scheitert nicht einfach am Mangel von Geld und jungen Menschen – das System ist nicht schlecht ausgestattet, es ist kaputt. Die Beschaffungs- und Besoldungssysteme blockieren die effiziente Nutzung der bestehenden Möglichkeiten. Und selbst wenn man in der Aufrüstungslogik argumentieren wollte, fehlen nicht junge Menschen, die nur für ein Jahr bleiben und eigentlich keinen Bock haben, sondern Fachkräfte.

Auch ist die Möglichkeit, die Wehrpflicht auf FLINTA* auszuweiten, nicht etwa ein Schritt zu mehr Gleichstellung, wie es uns verkauft wird (6), sondern verschärft bestehende Ungerechtigkeiten in unserer Gesellschaft. Frauen* übernehmen bereits 44 % mehr unbezahlte Care-Arbeit (1). Sie nun auch noch für „Verteidigung“ verantwortlich zu machen, bedeutet eine dreifache Belastung. Eine Dienstpflicht für alle verteilt über das Leben von 18 bis zum Renteneintritt würde dies verschärfen. Während Männer, die bereits einen Wehr- oder

Ersatzdienst geleistet haben, sich diesen anrechnen lassen könnten, würden Frauen* nachträglich in die Pflicht genommen, obwohl sie besonders häufig in sozialen und Pflegeberufen arbeiten.

Ebenso zeigen sich beim Thema Bezahlung der Auszubildenden enorme Ungerechtigkeiten. Ab 2027 liegt das Einstiegsgehalt für Wehrdienstleistende bei der Bundeswehr bei 2000 € netto, dazu kommen Unterkunft und Verpflegung, die gestellt werden, sowie weitere Vergünstigungen wie kostenloses Bahnfahren und Zuschüsse zum Führerschein. Gleichzeitig liegt das Durchschnittsgehalt in Ausbildungen nur knapp über 1000 €, ohne zusätzliche Vergünstigungen. Stellen wir Militär wirklich über Gesundheitsversorgung, Pflege oder Kinderbetreuung? Dieses Ungleichgewicht wirft nicht nur Fragen nach gesellschaftlicher Wertschätzung auf, sondern führt auch dazu, dass die Bundeswehr für marginalisierte Jugendliche eine der wenigen Möglichkeiten ist, schnell finanziell unabhängig zu werden. Für privilegierte Menschen ist der Wehrdienst dagegen leichter abzulehnen, während andere aus finanziellen Gründen in ihrer Wahlfreiheit eingeschränkt werden.

Dass CDU und Co. die Lösung gesellschaftlicher Probleme – von der Verteidigungsfähigkeit bis zur Stabilisierung der Gesundheits- und Pflegesysteme – gerne jungen Menschen überlassen ist kein Geheimnis. Ende März kam aber tatsächlich von den bayerischen Grünen der Ruf nach einem verpflichtenden “Freiheitsdienst.” Diesen haben auch Stimmen der Bremer Grünen öffentlich mit Zustimmung aufgegriffen.

Aber nicht nur die Verpflichtung für militärische Zwecke ist problematisch. Allen Vorschlägen zur Einführung einer Dienstpflicht für die Lösung struktureller Probleme ist gemein, dass sie gemeinschaftliche Aufgaben und Versäumnisse auf Einzelne abwälzen. Der Fokus auf junge Menschen nimmt umso mehr diejenigen in die Verantwortung, die für die Entstehung der Probleme am wenigsten verantwortlich sind. Insbesondere für die überlasteten Pflege- und Gesundheitssysteme soll eine Dienstpflicht Abhilfe schaffen; und auch Organisationen im Katastrophen- und Bevölkerungsschutz sollen durch zusätzliches Personal abgesichert werden. Vorschläge variieren dabei zwischen einer Dienstzeit von einem Jahr am Stück oder aufgeteilt auf beispielsweise die Zeit zwischen dem 18. Geburtstag und dem Renteneintrittsalter.

Dabei verschärfen Dienstpflichten die bestehenden Ungerechtigkeiten und Hürden für ehrenamtliches Engagement, die der Vierte Engagementbericht der Bundesregierung von 2024 unterstreicht (2; 3). Zuallererst muss Engagement bezahlbar sein. Das Taschengeld der Freiwilligendienste von maximal 644€, das in der Realität häufig niedriger liegt, kommt nicht in die Nähe des Existenzminimums und verwehrt so vielen den Zugang zum bestehenden Angebot.

Zeitmangel hält besonders diejenigen von Engagement ab, die familiäre Sorge- und Pflegearbeit übernehmen. Auch hier belastet eine Dienstpflicht in einer patriarchalen Gesellschaft FINTA*s also nur zusätzlich (1). Zuletzt resignieren insbesondere junge Menschen von der Teilhabe an der Gesellschaft, weil sie ihre Interessen ignoriert und sich als übergangen wahrnehmen (4) – eine Dienstpflicht nimmt massiv Selbstbestimmung über den eigenen Lebensweg vorweg.

Finanzielle und zeitliche Sorgen der Menschen treffen dabei zusammen mit der bestehenden Unterfinanzierung zentraler gesellschaftlicher Stellen: Sowohl potenzielle Einsatzstellen als auch die Trägerorganisationen der

Freiwilligendienste stehen häufig am Rande ihrer Kapazitäten, Freiwillige angemessen betreuen zu können. Gleichzeitig müssen sich zivilgesellschaftliche Organisationen und soziale Dienste regelmäßig gegen Kürzungen wehren und sind vonseiten rechter Parteien zunehmend Zeit und Kraft raubenden Angriffen ausgesetzt. Eine Dienstpflicht würde beispielsweise unzählige schlecht bezahlte Arbeitskräfte ohne Ausbildung in die Gesundheits-, Pflege- und Sozialsektoren drängen. In allen herrscht akuter Mangel an Fachkräften, den die Angestellten momentan nur durch gesundheitsschädliche Überlastung auffangen. Statt ihnen die Einarbeitung Verpflichteter aufzubürden, müssen sie nachhaltig entlastet werden.

Die politische Debatte über und der Aufbau von Strukturen zur Umsetzung und pädagogischen Betreuung von Pflichtdiensten binden stattdessen Ressourcen und Aufmerksamkeit. Somit sind auch Pflichtdienste jenseits der Wehrpflicht ein massiver Eingriff in die Selbstbestimmung. Gleichzeitig lösen sie nicht die Probleme, vor denen unsere Gesellschaft steht, sondern halten sie aufrecht, während sie bestehende Ungerechtigkeiten verschärfen. Die Entwicklung nachhaltiger und gerechter Problemlösungen für explodierende Lebenshaltungskosten, überlastete Gesundheitssysteme und den Zusammenbruch des Klimasystems wird ganz im Sinne der Konservativen und Rechten aus der Debatte verdrängt.

Unsere Antwort auf die Debatte um eine Dienstpflicht ist der konsequente Ausbau von Freiwilligendiensten und der Einsatz für dauerhafte, solidarische Lösungen. Statt junge Menschen in eine Pflicht zu zwingen, müssen wir die Rahmenbedingungen so verbessern, dass sich möglichst viele freiwillig dafür entscheiden.

Das bedeutet, Angebote in ihrer Anzahl, Zugänglichkeit und Attraktivität massiv auszubauen. Sie müssen allen, insbesondere jungen, Menschen ohne zusätzliche Unterstützung offenstehen. Das aktuell kaum zum Leben reichende „Taschengeld“ muss in ein existenzsicherndes Freiwilligengeld ausgebaut werden. Ansonsten festigen Jugendfreiwilligendienste die Privilegien von finanziell gut gestellten Familien. Unterschiede in der Bezahlung zum Wehrdienst müssen reduziert werden, um nicht-militärischem, zivilgesellschaftlichem Engagement angemessenere Wertschätzung zukommen zu lassen. Die Einsatzstellen verdienen stabile, verlässliche Finanzierung, die das Angebot von Dienstplätzen ermöglicht, aber ihre Unabhängigkeit wahrt. Das Wahlprogramm von Bündnis 90/Die Grünen für die Bundestagswahl 2025 hat die richtige Richtung eingeschlagen: Es sieht den Rechtsanspruch auf einen Freiwilligendienstplatz und entsprechenden Ausbau der Bundesfreiwilligendienste vor (5).

Debatten, ob es nun sechs oder zwölf Monate sein sollen, am Stück oder aufgeteilt, von aufgelösten Wehrämtern oder überlasteten Freiwilligendienststrukturen koordiniert, zielen alle darauf ab, eine unverantwortliche Idee möglichst störungsfrei umzusetzen. Neue Strukturen aufzubauen lenkt ab davon, kaputte zu reparieren. Aufgabe der Grünen muss sein, den politischen Diskurs wieder zu öffnen für strukturelle Lösungen.

Deshalb ist die Position der Grünen Bremen: Die bestehenden Freiwilligendienste müssen ausgebaut und durch existenzsichernde Vergütung tatsächlich allen Menschen zugänglich machen; auch die Förderung für eigenverantwortliches zivilgesellschaftliches Engagement muss erhalten und ausgebaut werden. Wir bleiben dabei, einen Raum zu öffnen für strukturelle Lösungen, aber

Dienstpflichten jeder Art lehnen wir ab: Denn sie verschlimmern Ungerechtigkeiten, binden dringend benötigte Kapazitäten, und wälzen gemeinschaftliche Verantwortung ab auf diejenigen, die jetzt schon am meisten unter den Versäumnissen der letzten Jahre leiden!

Quellen

(1) Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2025): Gender Care Gap - ein Indikator für die Gleichstellung; https://www.bmbfsfj.bund.de/bmbfsfj/themen/gleichstellung/gender-care-gap/indikator-fuer-die-gleichstellung/gender-care-gap-ein-indikator-fuer-die-gleichstellung-137294

(2) Deutscher Bundestag (2024), Drucksache 20/14120: Vierter Engagementbericht Zugangschancen zum freiwilligen Engagement und Stellungnahme der Bundesregierung;https://www.bmbfsfj.bund.de/resource/blob/253736/dd4ef263cc3ef07-961b92a09e5e99ffc/vierter-engagementbericht-2024-data.pdf

(3) Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2024): Vierter Engagementbericht Zugangschancen zum freiwilligen Engagement Zentrale Ergebnisse; https://www.bmbfsfj.bund.de/resource/blob/264738/ff6cd5914000bdb0b7d5c924012cee1-8/vierter-engagementbericht-barrierefrei-deutsch-data.pdf

(4) BertelsmannStiftung (2024): Mehr Engagement junger Menschen ist möglich - wenn sie sich ernst genommen fühlen; https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/aktuelle-meldungen/2024/dezember/mehr-engagement-junger-menschen-ist-moeglich-wenn-sie-sich-ernst-genommen-fuehlen

(5) Bündnis 90/Die Grünen (2025): Zusammen Wachsen – Regierungsprogramm 2025, S. 111, https://cms.gruene.de/uploads/assets/20250318_Regierungsprogramm_DIGITAL_DINA5.pdf

(6)https://www.zeit.de/politik/deutschland/2025-08/wehrpflicht-frauen-friedrich-merz-bundeswehr-feminismus

Unterstützer*innen

Désirée Schwindenhammer (KV Bremen-Mitte); Sebastian Illigens (KV Bremen-Mitte); Vittoria Helzer (KV Bremen Links der Weser (LdW); Hendrik Pröhl (KV Bremen Links der Weser (LdW)